

Der republikanische Kandidat für die Präsidentschaftswahl steht *de facto* fest. Auf dem Parteitag der Republikaner im August 2012 soll Mitt Romney noch offiziell gewählt werden. Mit der als sicher geltenden Nominierung Romneys ist jedoch keine einmütige Unterstützung der Republikaner verbunden. Romney hat zwar mittlerweile die Befürwortung vieler wichtiger Republikaner erhalten, darunter John Boehners, Sprecher im Repräsentantenhaus und John McCains, des früheren Präsidentschaftskandidaten. Ausgeschiedene Kandidaten wie Newt Gingrich und der der *Tea Party* nahestehende Rick Santorum sowie Michele Bachmann konnten sich bisher jedoch entweder nur halbherzig oder noch gar nicht zu einer offiziellen Befürwortung Romneys durchringen.

Die Republikaner sind gespalten wie noch nie. George W. Bush war es noch einigermaßen gelungen, das sozial-konservative, fiskal-konservative und neo-konservative Lager der Republikaner zusammenzuhalten. Romney gelingt dies (noch?) nicht. Für viele, vor allem von der *Tea-Party*-Bewegung beeinflusste Republikaner gilt er als zu pragmatisch und zu wenig konservativ. Dies bezieht sich nicht zuletzt auf seine Sozialpolitik. So wird ihm vorgeworfen, dass er als Gouverneur von Massachusetts eine Gesundheitsreform umgesetzt hat, welche der Reform Präsident Obamas sehr ähnlich ist. Romney behilft sich mit dem Argument, dass auf der nationalen Ebene nicht richtig sein muss, was im Bundesstaat

Massachusetts notwendig war. Beruhigt hat er damit die Kritiker im eigenen Lager nicht, für welche die Gesundheitsreform Präsident Obamas ein Hauptärgernis ist.

Alle eint zwar, Obama zu einem „*one term*“-Präsidenten machen zu wollen. Viele werden Romney deshalb am Ende unterstützen. Integrationsfigur ist Romney dagegen damit (noch) nicht. Seinen bisherigen Erfolg verdankt er insbesondere seinem finanziellen und organisatorischen Durchhaltevermögen, mit dem die anderen Kandidaten nicht mithalten konnten.

Zuspitzung der Botschaft

In den Vorwahlen ging es bislang darum, vor allem die eigene republikanische Wählerklientel für sich zu gewinnen. Das förderte zugespitztere Positionen. Im jetzt beginnenden Präsidentschaftswahlkampf geht es vor allem um die Stimmen der Unabhängigen. Dieser Umstand wird zumindest den Ton deutlich ändern. Romney befolgt hier offenbar Richard Nixons Ratschlag für republikanische Kandidaten: sich für die Nominierung rechts zu positionieren und dann für die Präsidentschaftswahlen in die Mitte zu rücken. Was von einem Wahlkampf für die konkrete Politik im Präsidentenamt übrig bleibt, bleibt ebenso abzuwarten. Dies gilt sowohl für innen- als auch für außenpolitische Themen. Jetzt von überspitzten Aussagen wie etwa dem von Romney angedrohten Handelskrieg mit China direkt auf die Politik nach der Wahl zu schließen ist nicht ratsam. Auch der

gegenwärtige demokratische Präsident Obama hat nicht alle seiner damaligen Wahlversprechen erfüllt, etwa die Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo.

Ambivalentes Verhältnis zu Europa

Die gelegentliche kritische Sicht einiger republikanischer Kandidaten auf Europa, wenn sie etwa vom „europäischen Sozialismus“ sprachen, rief in Europa irritierte Reaktionen hervor. „Deutschland und Europa müssten sich im Fall eines Romney-Siegs auf einiges gefasst machen. Romney selbst gab in den vergangenen Wochen einige Hinweise darauf, womit die internationalen Partner mit ihm als Präsidenten rechnen können“, so das *Handelsblatt* am 7. März 2012. Tatsächlich?

Die Distanzierung von Europa hat weniger etwas mit Außenpolitik als vielmehr mit amerikanischer Innenpolitik zu tun. Wichtig ist zunächst zu verstehen, dass in der amerikanischen Gesellschaft eine nicht immer reflektierte und bewusste, aber dennoch ambivalente Haltung gegenüber Europa existiert. Diese Sichtweise hat tiefe historische Wurzeln und geht nicht zuletzt auch auf die Auswanderungswellen und die Distanzierung gegenüber Europa seit dem achtzehnten Jahrhundert zurück. Die Kriege im Europa des vergangenen Jahrhunderts, in denen US-Amerikaner gekämpft haben, haben bei vielen außerdem ein gewisses Überlegenheitsgefühl befördert, wonach es kein modernes Europa ohne die Hilfe der USA gäbe. Nicht vergessen ist auch unter Republikanern, dass Europäer eher demokratische Präsidenten wie John F. Kennedy, Bill Clinton und nun Barack Obama favorisierten – während Ronald Reagan und George W. Bush dagegen weniger beliebt waren.

Europa gilt vielen im Vergleich zu Amerika als zu elitär, zu säkular, zu unpatriotisch. Gleichzeitig ist das Interesse

an den eigenen europäischen Wurzeln ungebrochen: Beispiele sind das US-weite Feiern des St.-Patrick-Tages oder auch die Arbeit unzähliger Vereine und Museen zur Pflege des europäischen Erbes.

Ein stereotypes Bild Europas wurde auch in früheren Wahlkämpfen benutzt: So hatte George W. Bush seinen Rivalen John Kerry als zu frankophil und damit als zu „europäisch“ angegriffen. Auch untereinander werfen sich republikanische Kandidaten zuweilen in bizarrer Weise Nähe zu Europa vor: So kritisierte ein von Newt Gingrich finanzierter Fernsehspot Romney dafür, dass er Französisch spreche „wie John Kerry“. Mit der realen Politik gegenüber Europa hat das jedoch nicht viel zu tun.

Die Wirtschaft im Fokus

Da nach allgemeiner Überzeugung am Ende die Wirtschaft und die Situation auf dem Arbeitsmarkt über den Wahlausgang entscheiden werden, konzentriert sich Romney in seiner Kampagne schon jetzt fast ausschließlich auf diese Themen. Dabei wird der Wahlausgang wohl weniger von den absoluten Wirtschaftsdaten bestimmt als eher davon, wer die Deutungshoheit behält. Die Arbeitslosenzahlen sind aktuell noch einmal leicht auf jetzt 8,1 Prozent zurückgegangen. Allerdings dürfte dafür auch eine hohe Anzahl von enttäuschten Amerikanern ausschlaggebend sein, welche die Suche nach einer Arbeit aufgegeben haben und damit aus der Statistik fallen. Gelingt es Präsident Obama, unmittelbar vor der Wahl eine möglicherweise leicht verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt als positiven Trend darzustellen, dürfte er gute Chancen auf eine Wiederwahl haben. Sollte es dagegen Romney gelingen, die bisherige Wirtschaftspolitik Präsident Obamas als gescheitert oder zumindest als unzureichend darzustellen, hat auch er wohl realistische Chancen auf einen Sieg.



*Aus innenpolitischen Gründen
distanziert sich Mitt Romney
im US-Wahlkampf
wesentlich deutlicher von Europa
als Barack Obama.
Hier: Barack Obama verleiht
Angela Merkel am 7. Juni 2011
die Freiheitsmedaille,
die höchste zivile Auszeichnung
der USA.*

© picture-alliance / dpa, Foto: Rainer Jensen

Das für die Wähler überzeugendere Narrativ zur Erklärung der Wirtschaftslage und daraus resultierende Erfolg versprechende Strategien für die ökonomische Zukunft werden deshalb für eine absehbar knappe Präsidentschaftswahl entscheidend sein.

Staat versus Individuum, Entmündigung versus Freiheit

Welches Narrativ bietet Romney? In seiner Rede vor den *Primaries* in Wisconsin sagte er: „Barack Obama und ich haben fundamental unterschiedliche Visionen für Amerika. Er hat die vergangenen drei oder vier Jahre damit verbracht, die Basis für eine neue staatszentrierte Gesellschaft zu legen. Ich werde die nächsten vier Jahre dafür aufwenden, wieder die Fundamente für unsere ‚Opportunity‘-Gesellschaft zu legen, angeführt von freien Menschen und ihren freien Unternehmungen“ (Übersetzung LH). Es geht Romney also letztlich um die Rolle und den Einfluss des Staates. Obama wird in der gegenwärtigen Situation dafür kritisiert, dass er nicht ein System freier Unternehmung („free enterprise“) als Grundlage für Wachstum und ein Ende der Krise unterstützt, sondern den Einfluss des Staates vergrößert.

Der Unterschied zwischen den Entwürfen Präsident Obamas und Romneys

wird exemplarisch in einem neuen demokratischen Blog deutlich, „Das Leben der Julia“. Hier wird das Leben einer fiktiven Julia vom frühen Kindesalter bis zum Tod beschrieben. Auf allen aufgeführten Stationen ihres Lebens wird sie von sozialen Programmen der Obama-Administration unterstützt.

Diese Programme werden aus demokratischer Sicht als Errungenschaften dargestellt, welche Mitt Romney abschaffen beziehungsweise kürzen würde. Dies geht von staatlichen Programmen für Vorschulunterricht über College-Programme, Steuererleichterungen für Ausbildung, Studienkredite bis zur staatlichen Kranken- und Rentenversicherung. Gerade diese Sichtweise, wonach der Staat eine zentrale Rolle im Leben der Menschen haben und in das Leben der Menschen beständig eingreifen sollte, wird von Romney kritisiert. Für ihn widerspricht eine solche Politik dem amerikanischen Traum. An Amerika zu glauben bedeutet für ihn vor allem Eigenverantwortung, Eigeninitiative, freies wirtschaftliches Handeln und „opportunity“, das heißt das Ergreifen von Chancen zum eigenen Handeln. Durch einen ausufernden, mit hohen Steuern finanzierten Sozialstaat werden aus Romneys Sicht diese Möglichkeiten freien Handelns beschnitten und die Menschen letztlich in ihrer

Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortung entmündigt.

Im Vergleich zum Modell der sozialen Marktwirtschaft setzt er den Akzent noch deutlicher auf die Verantwortung des Individuums. Er ging damit allerdings in seiner Zeit als Gouverneur von Massachusetts nicht so weit wie einige seiner republikanischen Kritiker, welche den Staat (sowohl auf nationaler wie auch auf der Ebene der Bundesstaaten) noch weiter aus der sozialen Absicherung heraushalten wollen.

Für den weiteren Wahlkampf dürfte auch die Entscheidung des Obersten Gerichtes über die Verfassungskonformität der Gesundheitsreform von Präsident Obama im Juni 2012 von hoher Bedeutung sein.

Im Kern geht es um die Frage, ob der Staat von den Bürgern das Abschließen einer Krankenversicherung fordern kann. Dabei dürften – egal wie das Ergebnis ausfällt – die Republikaner am ehesten profitieren. Sollte das Gericht die Gesundheitsreform im Kern ablehnen, wäre einer der größten politischen Erfolge der Präsidentschaft Obamas infrage gestellt. Sollte das Gericht jedoch die Verfassungsmäßigkeit feststellen, würden die Republikaner die Präsidentschaftswahl zum Referendum über die weiterhin umstrittene Gesundheitsreform machen. Hier kommt die Abgrenzung gegenüber (einem selektiv wahrgenommenen) Europa ins Spiel.

Stereotypes Europabild

„Wir haben in Amerika die Wahl, eine der Verfassung folgende, von der Leistung abhängige ‚opportunity‘-Gesellschaft zu sein oder dem Weg Europas zu folgen“, sagt Romney. Gleichzeitig wird Präsident Obama kritisiert: „Präsident Obama ist jemand, der auf eine hohe Staatsquote setzt und der seine politische Inspiration von Europa und seinen Sozialdemokraten erhält. Und wissen Sie was: Europa funkio-

niert nicht (einmal) in Europa, und es wird auch nicht funktionieren“ (*Wall Street Journal*, 24. Dezember 2011, Übersetzung LH). Romney differenziert allerdings, wenn er etwa von den sozialdemokratischen Ideen in Europa spricht. Eine explizite Verbindung zwischen Obama und Sozialismus würde ihm zu weit gehen und wohl auch die Glaubwürdigkeit des Arguments untergraben. Im Vorwort zu seinem Buch *No Apologies* sagt er allerdings: „Es ist eine häufig bemerkte Ironie, dass zu einer Zeit, wo Europa vom Sozialismus und seinem Scheitern abrückt, Präsident Obama uns in diese Richtung bewegen möchte.“ Weiter beschreibt Romney die Politik der Obama-Administration, welche für ihn im Einklang mit Sozialismus steht.

Dies ist der Kontext für kritische Bemerkungen über Europa. In diesem polemischen Zusammenhang ist kein Platz für weitere Differenzierungen europäischer Sozialpolitik. Romney geht es vor allem darum, die gegenwärtige Schuldenkrise in Europa, die von ihm nicht zuletzt als Resultat europäischer Sozialpolitik gesehen wird, im Wahlkampf gegen Präsident Obama einzusetzen. Er will damit deutlich machen, wie sich seine Vorstellung von Wirtschafts- und Sozialpolitik von der Obamas unterscheidet.

Der Kontext ist also die nationale Wirtschaftspolitik und hier vor allem die Auseinandersetzung zur Rolle des Staates bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise und für Wachstum. Letztlich sind Aussagen über den europäischen Wohlfahrtsstaat weniger eine Aussage über Europa. Sie zielen auf die Politik der Obama-Administration, die sich nach der Auffassung seiner republikanischen Herausforderer zu stark vom europäischen Wohlstandsstaat inspirieren lässt. Das Argument ist: Folgt Präsident Obama weiter Rezepten europäischer Wirtschafts- und Sozialpolitik (Griechenland ist hier das abschreckendste Beispiel) bei der Aus-

weitung des amerikanischen Sozialstaates, dann sind ähnliche Krisen in den USA die Folge.

Eine gewisse Ironie besteht allerdings darin, dass die maßgeblichen Rezepte zur Überwindung der Krise in Europa, wie sie von Angela Merkel vertreten werden, sich gerade im Konflikt mit den Rezepten Präsident Obamas und seines Finanzministers Timothy Geithner befinden. Beide setzen Kanzlerin Merkel unter Druck, die Sparpolitik in Europa zu lockern. Sie befürchten, dass drakonisches Sparen in Europa das Wachstum auch in den USA behindert, welches Präsident Obama für die Wiederwahl dringend braucht. Dagegen entsprechen eine Konsolidierungspolitik öffentlicher Haushalte und eine Kürzung der Staatsausgaben eher den Vorstellungen Romneys.

Rolle der Außenpolitik

Da für Präsident Obama eine Konzentration auf die Wirtschaft riskant ist, nutzt er im Wahlkampf auch die Außenpolitik. So wurde ein Besuch Obamas in Afghanistan mit einer Rede zur Hauptfernsehzeit interpretiert, die noch einmal den Erfolg im Kampf gegen Osama bin Laden und El Kaida sowie den Rückzug der US-Truppen und die anstehende Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung ins Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen sollte.

Außenpolitik ist hier auch mit der inneren wirtschaftlichen Lage verknüpft. Der Rückzug aus dem Irak und aus Afghanistan (sowie die gestiegenen Forderungen an die Partner in Europa) ist auch Zeichen für die zunehmend knapper werdenden Mittel für ein globales Engagement der USA – Mittel, die nicht zuletzt für Schuldenabbau und Investitionen im eigenen Land gebraucht werden.

Außenpolitische Themen dürften für den Wahlausgang nur am Rande eine Rolle spielen – es sei denn, bis zum 6. No-

vember 2012 vollziehen sich noch dramatische Entwicklungen, etwa in Bezug auf den Iran. Sollte es zu einer Militäraktion gegen den Iran kommen, ob mit oder ohne direkte Beteiligung der USA, so ist durchaus umstritten, wer bei der Präsidentschaftswahl davon tatsächlich profitieren könnte. Offen ist, ob eine Krise dann Obama angelastet würde oder die Wähler in einer Krisensituation nicht eher zu ihrem „Commander in Chief“ halten würden.

Romney betont außenpolitisch die auf Werten und Interessen basierende globale Führungsrolle der USA. Dies könnte darauf hindeuten, dass er sich weniger im multilateralen Bereich engagieren wird, was allerdings wieder neue Chancen für die Stärkung bilateraler Beziehungen auch mit Europa birgt. Über die konkrete Außenpolitik einer möglichen Romney-Administration lässt sich aber schlechterdings kaum etwas sagen. Er gilt als außenpolitisch unerfahren. Seine Expertise liegt in der Wirtschaft. Für die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen mit Europa und die Impulse Angela Merkels in dieser Richtung dürfte er ein offenes Ohr haben.

Transatlantische Orientierung offen

Noch muss Romney offiziell nominiert werden. Am Ende gilt er aber nicht nur in der Wirtschaftspolitik im Vergleich zu den bisherigen republikanischen Mitbewerbern als pragmatischer, businessorientierter Kandidat, der es gegenüber dem starken Einfluss vor allem der *Tea-Party*-Bewegung bei den Republikanern schwer hat – der sich aber auch von Präsident Obamas Vision einer starken Rolle des Staates in der Gesellschaft absetzt. Auch wenn im Wahlkampf ein stereotypes Europabild in diesem Kontext benutzt wird, sagt dies noch nichts über die transatlantischen Beziehungen unter einem möglichen Präsidenten Mitt Romney.